

P R O T O K O L L
der 432. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 21. Februar 2023
Zeit	19.30–21.10 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Künti Karin
Mitglieder	Arn Daniel, Arnold Luc, Bähler Simon, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara, Gashi Hilmi, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin (ab 19.50 Uhr), Klopstein Carole, Legler Bettina, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Lütolf Roland, Meichtry Helena, Messerli Patricia, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Schmitter Beat, Schnyder Kathrin, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Stein Kaspar, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo
Stimmzählende	Koelbing Martin, Mäder Renate
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Häusermann Martin, Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Friederich Ueli, Rechtsanwalt (Trakt. 2) Haldi Matthias, Leiter Raumplanung u. Bauinspektorat (Trakt. 3)
Entschuldigt abwesend	GGR: Grütter K. Urs Lauper Reto Zloczower Emanuel GR: Bärtschi Markus
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

- | | | |
|-----|---|-----|
| 1. | Protokoll der Sitzung vom 24. Januar 2023 | 482 |
| 2. | Teilrevision Behördenreglement
Abgangsentschädigung für das Gemeindepräsidium | 482 |
| 3. | Ersatzwahlen | 485 |
| | A) Sportkommission | |
| | B) Umweltschutzkommission | |
| | B1) Mitglied | |
| | B2) Präsidium | |
| 4. | Zentrumsentwicklung Gümligen, Masterplan 2022;
Kenntnisnahme der Bereinigthemen zum Entwurf-Masterplan sowie des
überarbeiteten und beschlossenen Masterplans | 486 |
| 5. | ICT-Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern;
Abrechnung Verpflichtungskredit 2017–2022 | 490 |
| 6. | Motion Buff (FDP): Höhepunkt am Nationalfeiertag;
Zwischenbericht und Abschreibung | 491 |
| 7. | Postulat Zaccaria (SP): Muri b. Bern soll zukünftig Muri-Gümligen heissen;
Zwischenbericht | 493 |
| 8. | Motion Gashi (Grüne), Bircher (FDP), Zaccaria (SP): Diversity-Strategie für die
Gemeinde Muri-Gümligen | 495 |
| 9. | Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen | 498 |
| | A) Einfache Anfrage SP-Fraktion betreffend der aktuellen Situation von
geflüchteten Menschen in der Gemeinde | |
| 10. | Neue parlamentarische Vorstösse | 501 |

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 432. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR). Ich weise auf die gelben Stimmkarten hin, die Euch vorliegen. Es sind aktuell 36 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Die Vorsitzende: Ihr habt das E-Mail der Gemeindeschreiberin zur Aufnahme eines weiteren Traktandums erhalten. Wir wollen ein Traktandum 9A zur «Einfachen Anfrage SP-Fraktion betreffend der aktuellen Situation von geflüchteten Menschen in der Gemeinde» einfügen. Gestützt auf Art. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Muri bei Bern (GO GGR) befinden wir über diese Ergänzung. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Beschluss

Die Traktandenliste wird mit Traktandum 9A, «Einfache Anfrage SP-Fraktion betreffend der aktuellen Situation von geflüchteten Menschen in der Gemeinde», ergänzt.

1. Protokoll der Sitzung vom 24. Januar 2023

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Teilrevision Behördenreglement Abgangsentschädigung für das Gemeindepräsidium

Suzanne Fankhauser spricht für die GPK: Im Namen der GPK danke ich herzlich für die gründliche, sehr fundierte Arbeit. Es ist eine ausgezeichnete Vorbereitung für das Parlament. Die GPK kam zum Schluss, dass diese Überarbeitung sinnvoll und das Geschäft gut vorbereitet ist. Man kann es im Rat bestens vertreten, und das Parlament geruht, dem Geschäft zuzustimmen. Wir alle sind von der grossen Arbeit positiv überrascht und finden sie toll. Vielen Dank allen Beteiligten.

Thomas Hanke spricht für den Gemeinderat (GR): Gut Ding will Weile haben, aber auch die Weile muss einmal ein Ende haben. So oder ähnlich verhält es sich mit dem Reglement – man höre und staune – aus dem Jahr 1988 mit einem radebrechenden Namen, «Reglement über die Pensionierung ...» et cetera, mit 14 Artikeln. Schon in der GPK habe ich ausgeführt, dass mich der GR – in Anführungszeichen – genötigt hat, das Reglement noch in meiner Amtszeit zu einer Revision zu führen und dem Parlament zur Beschlussfassung zu unterbreiten, weil es mich selbst wegen meinem jugendlichen Rentenalter nicht mehr betrifft. Dem Auftrag wurde Folge geleistet. Nach fundierten Quervergleichen mit den Bestimmungen anderer Gemeinden mit hauptamtlichem Gemeindepräsidium, für die ich mich bei Ueli Friederich herzlich bedanke, legen wir Euch einen Vorschlag vor, der den bisher bestehenden goldenen Fallschirm realistisch herunterbricht und in unseren Augen gut in die Politlandschaft eingemittelt ist.

Die neu im Behördenreglement verankerte Regelung sieht für das hauptamtliche Gemeindepräsidium beim Ausscheiden eine einmalige Entschädigung von, je nach Amtsdauer, minimal 25 Prozent bis maximal 100 Prozent eines Jahresgehalts vor. Erfolgt das Ausscheiden weniger als vier Jahre vor dem ordentlichen

Pensionierungsalter, wann auch immer das ist, kann die Entschädigung in Form einer Rente bezogen werden. Die Botschaft umreist die Beweggründe und Meccanos der neuen Regelung sehr detailliert und ausführlich. Ich ersuche Euch, den neuen Bestimmungen, die wir ins Behördenreglement pflanzen, zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend artikelweise oder abschnittsweise Detailberatung des teilrevidierten Behördenreglements und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Angelo Zaccaria (SP): Die SP Muri-Gümligen begrüsst den Vorschlag zur Neuregelung der Abgangsentschädigung für das Gemeindepräsidium. Wir sehen ebenfalls die Notwendigkeit, dass wir die Entschädigungen angemessen und zeitgemäss gestalten müssen und gleichzeitig auch etwas hergeben müssen, damit man genügend qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten für dieses Amt findet. Gleichzeitig möchten wir sicherstellen, dass eine solche Abgangsentschädigung nicht zu einem goldenen Fallschirm verkommt. Auch damit sind wir selbstverständlich einverstanden

Aber wir sind eben die SP. Deshalb sehen wir doch noch einen Widerspruch. Wir möchten betonen, dass Vergütungssysteme für politische Amtsträger grundsätzlich nicht über Gebühr verschärft werden sollten. Die Arbeit in politischen Führungspositionen ist sehr verantwortungsvoll und eben auch mit Risiken verbunden. Es darf nicht sein, dass irgendwann einmal in einer dystopischen Zukunft nur noch wohlhabende Menschen in politische Exekutivämter kommen können und sie Abwahlen aus finanziellen Gründen nicht fürchten müssen.

Wir sehen in Art. 16b Abs. 3 Bst. b auch eine kleine Grauzone in Sachen Härtegrad. Bei dieser Formulierung gibt es sehr wenig Spielraum, um auf individuelle Situationen betroffener Personen einzugehen. Einen jungen Gemeindepräsidenten quasi nur mit einer IV abzuspeisen, kann unter Umständen zu finanziellen Problemen führen. Auch hier sieht man, dass wohlhabende Personen bevorzugt werden. Aber eben, wir wollen die Semantik nicht überstrapazieren und verzichten auch auf einen Änderungsantrag. Wir sind sehr froh über das angepasste Reglement, wollten diese Gedanken aber mit auf den Weg geben.

Martin Koelbing (forum): Das forum dankt dem GR und Rechtsanwalt Ueli Friederich aus drei Gründen für die sorgfältige Ausarbeitung dieses Reglements. Erstens ist der Zeitpunkt weise gewählt, in einem Moment, in dem sich niemand dem Verdacht aussetzen muss, er rede in eigener Sache. Denn der amtierende Gemeindepräsident ist nicht davon betroffen. Das ist schön. Zweitens sind die Regelungen moderater als im alten Reglement, und doch sind sie so, dass niemand aus finanziellen Gründen am Amt kleben bleibt. Es ist im Interesse der Gemeinde, dass eine Präsidentin oder ein Präsident aus unterschiedlichen Gründen dann zurücktreten kann, wenn es eben Zeit ist, und nicht mangels Alternativen am Amt kleben muss, nicht gleich bis in alle Ewigkeit, aber über Gebühr, für eine lange Zeit. Drittens hat man beim Lesen natürlich das Gefühl, es sei etwas kompliziert. Aber es ist keine Gebrauchsanweisung für eine Kaffee-Maschine, die man jeden Tag braucht, sondern es ist ein Reglement, das hoffentlich nur sehr selten gebraucht wird. Dann muss es funktionieren und den unterschiedlichen Situationen gerecht werden. Dass dieses Reglement diese Exaktheit hat, schätzen wir. Wir stimmen dem Reglement deshalb in der vorliegenden Form zu.

Lorenz Held (FDP): Auch die FDP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu. Es ist eine gute und ausgewogene Lösung. Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten nehmen dieses Amt in der Regel kurzfristig an und müssen aus dem Berufsleben aussteigen. Ein entsprechender Wiedereinstieg ist, je nach Alter, nicht immer einfach. Diese Lösung federt ab, ist aber, wie wir gehört haben, kein goldener Fallschirm. Sondern sie soll dazu dienen, den Wiedereinstieg gut zu finden. Wir danken unserem scheidenden Gemeindepräsidenten, dass er sich dem Thema angenommen hat. Er konnte das, wie wir gehört haben, völlig unbelastet tun, und hinterlässt seinen Nachfolgerinnen und Nachfolgern auch da ein gutes Erbe. Danke, Hanke!

Detailberatung

Art. 1 Bst. c (neu)

Keine Bemerkungen

Art. 16a Abs. 1 (neu)

Die Vorsitzende: Es ist eine Kleinstkorrektur nötig, man muss ein S streichen und anstatt «Amts» nur «Amt» schreiben.

Keine weiteren Bemerkungen

Art. 16a Abs. 2 (neu)

Keine Bemerkungen

Titel IIIa. Abgangsentschädigung für das Gemeindepräsidium

Keine Bemerkungen

Art. 16b Abs. 1–4 (neu)

Keine Bemerkungen

Art. 16c Abs. 1–7 (neu)

Keine Bemerkungen

Die Vorsitzende fragt nach allfälligen Wortmeldungen zu weiteren Artikeln. – Keine Wortmeldung. Das Schlusswort wird weder von Suzanne Fankhauser für die GPK noch von Thomas Hanke für den GR verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Das Reglement über die Pflichten und die Entschädigungen der Behördenmitglieder (Behördenreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf mit den Ergänzungen in
Art. 1 Bst. c
Art. 16a Abs. 1–2
Titel IIIa. Abgangsentschädigung für das Gemeindepräsidium
Art. 16b Abs. 1–4
Art. 16c Abs. 1–7
erlassen.
2. Die Änderungen treten per 1. April 2023 in Kraft.
3. Das Reglement vom 29. November 1988 über die Pensionierung des hauptamtlichen Gemeindepräsidenten sowie über die Gewährung einer Abgangsentschädigung im Falle einer Nichtwiederwahl oder des vorzeitigen Rücktrittes wird mit Inkrafttreten der Änderungen aufgehoben.

3. Ersatzwahlen

A) Sportkommission

B) Umweltschutzkommission

B1) Mitglied

B2) Präsidium

A) Sportkommission

Die FDP.Die Liberalen Muri-Gümligen schlägt anstelle von Christa Grubwinkler, welche mit Blick auf ihre Einsitznahme in den Gemeinderat ab 1. April 2023 per 28. Februar 2023 demissioniert, für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, als Mitglied der Sportkommission vor:

Aeschbacher Beat, dipl. Bauingenieur ETH/SIA, dipl. Wirtschaftsingenieur FH,
Holzapfelweg 2A
3074 Muri bei Bern

Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglied der Sportkommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, einstimmig gewählt:
Beat Aeschbacher, Muri bei Bern, FDP.Die Liberalen

B) Umweltschutzkommission

B1) Mitglied

Die Sozialdemokratische Partei Muri-Gümligen schlägt anstelle des per 28. Februar 2023 zurücktretenden Beat Schneider für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, als Mitglied der Umweltschutzkommission vor:

Köbeli Jan, Mitarbeiter Referee Department & FIFA-Schiedsrichterassistent SFV,
Hofstattweg 2
3074 Muri bei Bern

Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglied der Umweltschutzkommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, einstimmig gewählt:
Jan Köbeli, Muri bei Bern, SP

B2) Präsidium

Die Sozialdemokratische Partei Muri-Gümligen schlägt anstelle des per 28. Februar 2023 zurücktretenden Beat Schneider für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, als Präsident der Umweltschutzkommission vor:

Köbeli Jan, Mitarbeiter Referee Department & FIFA-Schiedsrichterassistent SFV,
Hofstattweg 2
3074 Muri bei Bern

Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Präsident der Umweltschutzkommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, einstimmig gewählt:
Jan Köbeli, Muri bei Bern, SP

Jan Köbeli ist anwesend und nimmt seine Wahl an.

4. Zentrumsentwicklung Gümligen, Masterplan 2022; Kenntnisnahme der Bereinigunsthemen zum Entwurf-Masterplan sowie des überarbeiteten und beschlossenen Masterplans

Bernhard Häuselmann spricht für die GPK: Die Zentrumsentwicklung Gümligen ist visionär. Mit Visionen ist es so eine Sache. Nicht alle sehen sie, und diejenigen, die sie sehen, sehen sie nicht zur selben Zeit. Bei der letzten Volksabstimmung zur Zentrumsentwicklung wurden die Visionäre deshalb zum Arzt geschickt. An der GPK-Sitzung vom 15. Februar konnten wir uns anhand der Ausführungen von Matthias Haldi und Thomas Hanke mit dem neuen Masterplan befassen. Der neue Masterplan ist flacher, konkret noch 28 statt 60 Meter, und er ist ökologisch wertvoller, konkret mit energetischen Bauvorgaben und der Öffnung des Stampflochbächleins. Der neue Masterplan wird dem Parlament heute zur Kenntnisnahme vorgelegt, weil anschliessend das ordentliche Planerlassverfahren von vorne beginnt. Dabei wird zuerst der Perimeter verkleinert. Dann folgen Grundeigentümergegespräche, das Mitwirkungsverfahren und letztlich die nächste Vorlage zur Zone mit Planungspflichten (ZPP). Bis hierhin ist für die GPK alles bestens. Aber eben, wie ich gesagt habe, ist eine Zentrumsentwicklung eine Vision mit einer Laufzeit von Jahrzehnten. Auch bei der nächsten ZPP-Vorlage ist es möglich, dass diese Vision wieder nicht von allen gesehen wird und dass die, die sie sehen, sie nicht zur selben Zeit sehen, und man wieder einen ZPP-Patienten hat. Die GPK findet deshalb wichtig, dass die Zentrumsentwicklung beim nächsten Anlauf möglichst sicher aus den Startblöcken kommt. Das braucht viel und gut gemachte Kommunikation

Ausnahmsweise möchte die GPK deshalb eine Anregung protokollieren lassen: Die GPK regt nämlich an, digitale Visualisierungen zu produzieren und den ganzen Planungssperimeter auch in 3D-Modellen zugänglich zu machen. Die GPK hat die Vision, dass die digitalen Visualisierungen entscheidend zu mehr Visionären beitragen. Deshalb danken wir für die Prüfung dieser Anregung. Wir danken auch für die gute Vorbereitung des Geschäfts und empfehlen, den Antrag zu den beiden Beschlüssen anzunehmen.

Thomas Hanke spricht für den GR: Im Gegensatz zu Bernhard äussere ich mich ausschliesslich zum Masterplan. Die Visionen überlassen wir Helmut Schmidt. Nach der Ablehnung der ZPP-Vorlage durch das Stimmvolk im September 2020 haben wir bekanntlich eine sehr aussagekräftige Nachbefragung zur Abstimmung durchgeführt. Das Resultat der Befragung zeigt in unseren Augen die Gründe für das Scheitern der Vorlage ziemlich klar auf. Der GR hat sich in der Folge in einer Klausur mit den Erkenntnissen der Befragung befasst. Sein Konsens war, dass der bestehende Masterplan mit Datum 2018 in grossen Teilen immer noch als gut beurteilt werden kann, wobei eine Justierung in einzelnen Bereichen und ein Update auf das Jahr 2022 vorgenommen werden sollte. Der so weiterentwickelte Masterplan wurde im Rahmen eines Werkstattgespräches im August 2022 einem interessierten Bevölkerungskreis vorgestellt und danach finalisiert.

Im jetzt vom GR verabschiedeten Masterplan bleibt der Perimeter unverändert. Für die nächsten Planungsschritte – doch eine kleine Vision, Bernhard: die Erarbeitung der ZPP und der Überbauungsordnung (UeO) – wird der Perimeter aber reduziert. Ausser beim Kreisel beim Bahnhof Gümligen betrifft er nur noch das Areal nördlich der Worbstrasse bis zur Eisenbahn. Bevor wir nun aber mit der Erarbeitung der skizzierten Planungsinstrumente beginnen, ist es dem GR ein Anliegen, den Masterplan dem Parlament zur Kenntnis zu bringen. Anschliessend wollen wir die nächsten Schritte initiieren und dabei vorweg ein weiteres Mal Gespräche mit den involvierten Grundeigentümerschaften führen.

Erlaubt mir aber doch noch ein paar wenige Bemerkungen zum nun vorliegenden justierten Masterplan. Wir konnten glücklicherweise die Chance wahrnehmen, in den Bereichen Klima, Gewässer und Freiräume wesentliche Fortschritte erzielen und zusätzliche Vorgaben erfüllen zu können. Das Baufeld A, siehe S. 56 des Masterplans, mit maximal sechs Geschossen bleibt weiterhin eine der grössten Herausforderungen der künftigen Planung. Aber bei einer guten Einpassung, beispielsweise einer energetischen Bauweise, sind im Eckbereich des Baufelds ein bis zwei zusätzliche Geschosse möglich. Das ist auch ein Anliegen der Siedlungsentwicklung nach innen. Südlich der Worbstrasse sind im Sinn des Masterplans für die kommende ZPP nicht mehr fünf bis sechs, sondern maximal vier bis fünf, in den Eckbereichen eventuell noch sechs Geschosse geplant. Im Rahmen der Werkstattgespräche wurde auf die Gefahr von Strassenschluchten hingewiesen. Aus diesem Grund haben wir noch mehr Anpassungen vorgenommen. Die Worbstrasse soll, so der Masterplan – fast hätte ich gesagt, die Vision –, eher zur Allee mit grossen Vorräumen vor den Gebäuden werden, in der man sich gut bewegen kann. Die Staffelung der Gebäudehöhe haben wir beibehalten, jedoch in einem reduzierten Mass.

Die S. 38–39 befassen sich mit der Weiterentwicklung und Stärkung der Freiräume. Dies auch im Sinn der Siedlungsentwicklung nach innen. Die Frei- und Aussenräume, insbesondere innerhalb des neu entstehenden Areals, sollen in der Weiterbearbeitung für vielfältige Bedürfnisse ausgelegt werden können. Ab S. 46 konnten wir das Thema Energie viel ausführlicher behandeln. Wir hatten auch den Vorteil, dass wir in der Zwischenzeit über das kommunale Energiestrategiepapier verfügen. In den weiteren Planungsschritten wird dies natürlich berücksichtigt, und Vorgaben können konkretisiert werden.

Weiter sind entlang der Worbstrasse fünf Querungsstellen vorgesehen. Die erforderlichen Kontakte zum zuständigen Tiefbauamt bestehen. Wichtig ist dem GR auch, dass der Bereich für Velo und Fussgänger attraktiv gestaltet werden kann. Auf den S. 16–17, danach höre ich auf mit den einzelnen Details, sind in Kapitel 3.2.1 übersichtlich die Baufelder mit den Geschossflächen aufgeführt. Sie wurden erneut geprüft und klarer differenziert. Nach wie vor werden die Baufelder A eine durchschnittliche maximale Geschossflächenziffer (GFZ) von 2,8 aufweisen. Das stellt im Vergleich zur GFZ von 0,5, die man sonst in einem Einfamilienhaus-Quartier kennt, eine hohe Dichte dar. Aber gerade im Bereich der Baufelder A wird eine so

fokussierte Dichte auch gewünscht. Der Bereich Worbstrasse Süd weist mit einer GFZ von 1,3–1,7 eher einen vorstädtischen Charakter auf.

Zusammenfassend kann ich festhalten, dass die Massnahmen und das Vorgehen aktualisiert und der Perimeter Worbstrasse Süd für die Weiterbearbeitung ausgeklammert worden sind. Dieser Bereich kann in einem nachgelagerten Verfahren weiterbearbeitet werden. Wir haben es bereits gehört: Der GR sieht vor, die skizzierten weiteren Planungsschritte im Rahmen eines nächsten Pakets von Nutzungsplanungs-Teilrevisionen vorzunehmen. Dazu ein Hinweis: Das letzte Paket Nr. 4, basierend auf der Volksabstimmung vom 27. September 2020, wurde anfangs Februar 2023 durch den Kanton genehmigt. Wir haben fünf Abstimmungen vorgelegt, vier wurden angenommen, eine wurde abgelehnt. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung arg viel Zeit benötigt, um ein Ortsplanungspaket zu genehmigen. Gut Ding will Weile haben, aber hier im umgekehrten Sinn zu meinem vorherigen Votum. Danke für Eure Kenntnisnahme.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Franziska Grossenbacher (Grüne): Die Grüne Fraktion nimmt den überarbeiteten Masterplan positiv zur Kenntnis. Wir begrüssen nicht die Visionen, aber die höheren Ambitionen, die der GR in den Bereichen Klima, Energie und Biodiversität in diesen Masterplan gesteckt hat. Wir haben aber auch ein wenig den Eindruck, dass der GR das Scheitern der ersten Vorlage sehr stark auf das Hochhaus reduziert. Die Lesart des GR ist, dass das Hochhaus der Stein des Anstosses war. Wir haben das Gefühl, dass gerade das Werkstattgespräch von letztem Jahr gezeigt hat, dass es gegenüber der Siedlungsentwicklung nach innen, wie sie im Lischenmoos angestrebt wird, nach wie vor Skepsis gibt. Das ist ein Prozess, den wir in der ganzen Schweiz beobachten können. Die Siedlungsentwicklung nach innen sorgt für Ängste und Kontroversen. Die Menschen haben Angst vor mehr Verkehr und mehr Einwohnern. Eine Veränderung, die vor der eigenen Haustür stattfindet, sorgt immer auch für etwas Unsicherheit. Wir stehen aber nach wie vor dahinter, dass man die Industriebranche entwickelt, bevor wir in unserer Gemeinde wieder damit beginnen, auf der grünen Wiese zu bauen. Das ist mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen auch gar nicht mehr so einfach möglich.

Wichtig ist aber, dass wir in einem zweiten Anlauf der ganzen Bevölkerung aufzeigen können, dass das entwickelte Lischenmoos eine Chance und ein Gewinn für uns alle ist. Wir können damit nämlich Mehrwerte für die ganze Gemeinde schaffen: attraktive öffentliche Räume, gute Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr und identitätsstiftende lebendige Räume in unserer Gemeinde. Genau in diesen Bereichen wurde dieser Masterplan nun deutlich ambitionierter. Wir begrüssen die höheren Anforderungen sehr, gerade auch, was die Durchgrünung des Quartiers anbelangt, dass weniger versiegelt wird, dass auch die Bäche geöffnet werden und höhere energetische Anforderungen gestellt werden. Das sind sehr wichtige Änderungen, von denen wir denken, dass sie dazu beitragen können, dass der zweite Anlauf gelingen wird.

Für uns ist in der weiteren Planung auch der Verkehr ein wichtiges Anliegen. Der Mehrverkehr hat auch in der ersten Abstimmung Sorgen bereitet. Deshalb begrüssen wir, dass auf dem Areal nun wirklich autoarmes Wohnen angestrebt wird, sodass möglichst wenig zusätzlicher Verkehr entsteht. Was ebenfalls im Masterplan enthalten ist und wir begrüssen, ist, dass wirklich angestrebt wird, dass der Verkehr

auf der Worbstrasse siedlungsverträglich wird. Das heisst, dass auch dort eine Temporeduktion angestrebt wird. Wir ermuntern den GR, diese hohen Ambitionen unbeirrt weiter durchzuziehen und sich bei der Umsetzung der Planungsinstrumente nicht wieder von den Wünschen der Investoren leiten zu lassen. Oder dass man in den Worten von Bernhard jetzt nicht die Visionen, sondern die Ambitionen wirklich auch umsetzt. So sind wir zuversichtlich, dass der zweite Anlauf gelingen wird.

Angelo Zaccaria (SP): Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschliessen. Die SP Muri-Gümligen begrüsst die Überarbeitung des Masterplans auch. Besonders auch den Aspekt, dass man einen urbanen, etwas ländlichen Ortsteil bauen will, der zusätzlichen Wohnraum bietet und, das ist sehr wichtig, ein identitätsstiftendes Zentrum für den Ortsteil Gümligen schafft, der, so kann man sagen, auch etwas brachliegt. Sie begrüsst besonders auch die qualitätssteigernden Ergänzungen und Präzisierungen im Bereich Gewässer, Klima, Energie, Aussenraum, Platzthemen et cetera, das haben wir alles schon gehört. Wenn ich höre, was Thomas und Franziska vorgetragen haben, weckt das bei mir Visionen. Man kann ein Leuchtturmprojekt, ein Arkadien in Gümligen schaffen. Das ist auf guten Wegen. Ich muss auch nicht wiederholen, was schon gesagt wurde.

Wir als durch und durch basisdemokratische Partei begrüssen, dass man auch hier wieder der Öffentlichkeit angeboten hat, sich bei der Erstellung oder der Bearbeitung des Masterplans zu beteiligen. Ich selbst war beim Werkstattgespräch auch anwesend und fand es toll, wie geduldig auf viele möglichen und unmöglichen Fragen eingegangen wurde. Ich denke, dass solche Formen von Vernehmlassungsverfahren wichtig sind. Denn sie fördern die Akzeptanz, die Legitimation und auch das Vertrauen in die Arbeit, die unsere Verwaltung leistet. Wir möchten an dieser Stelle anfügen, dass sie eine sehr gute Arbeit leistet. Wir finden diese Anpassungen und Kurskorrekturen sinnvoll und denken, dass das Projekt auf einem guten Weg ist. Wir hoffen, dass man das auch entsprechend kommunizieren und mitteilen kann. Deshalb finden wir einen Kommunikationsplan sehr wichtig.

Was am Werkstattgespräch auch immer wieder aufkam und an uns herangetragen wurde, ist eine Stimmung, die nicht unbedingt etwas mit dem Masterplan zu tun hat: Dass sich die Menschen vor Brachen und Hochhäusern fürchten. Es gibt viele Ängste, und es gibt die Hoffnung auf schöne Bauten, auf eine schöne Umgebung und in dem Sinn auch auf Visionen. Wir wären froh, wenn man dem Rechnung tragen würde.

Matthias Gubler (FDP): Die Fraktion FDP Muri-Gümligen hat an der Fraktions-sitzung von letzter Woche das Geschäft Zentrumsentwicklung besprochen. Wir beschäftigen uns heute mit der Kenntnisnahme des Projekts. Die Ausgangslage war, wie wir wissen, die verlorene Abstimmung zum Hochhaus vor zirka zwei Jahren, nach der eine Umfrage in der Bevölkerung gestartet wurde. Der GR hat unter Einbezug der Umfrageergebnisse erneut gestartet und entschieden, den Masterplan 2018 weiterzuführen und anzupassen sowie erneut ein Werkstattgespräch durchzuführen. Unsere Fraktion findet den angepassten Masterplan gut. Er ist gelungen. Wir danken der Verwaltung für die grosse Arbeit.

Barbara Gantner (forum): Ich spreche im Namen der Fraktion forum und möchte mich zuerst gleich beim GR für die sehr gute Arbeit, die geleistet wurde, bedanken. Man sieht, dass seit der abgelehnten ZPP viel geschah. Die Anliegen der Bevölkerung wurden in weiten Teilen aufgenommen. Wir sind der Meinung, dass mit den Werkstattgesprächen und der Möglichkeit zur Mitwirkung im letzten Sommer die Bevölkerung noch einmal integriert wurde. Vom ersten Entwurf des Masterplans bis zum heute vorliegenden konnte ein grosser Schritt gemacht werden. Ich finde diesen Prozess sehr gut. Es war von Angelo eine wichtige Anregung, dass man bei der ZPP auf diesem Weg weitergeht und versucht, die Anliegen der Menschen so gut wie möglich aufzunehmen.

Viele gute Punkte wurden zum Masterplan bereits gesagt. Ich sage noch zwei, drei Dinge, die uns vielleicht nicht so gefielen. Denn ich muss nicht alle guten Dinge wiederholen. Dabei geht es vor allem um die Gebäudehöhen. Insbesondere können wir uns die Möglichkeit, die vorgesehenen Eckgebäude um zwei Stockwerke von sechs auf acht Stockwerke zu erhöhen, nicht so gut vorstellen. Dies, obwohl wir das anlässlich des Werkstattgesprächs in einem 3D-Modell sahen. Insbesondere wurde von uns kritisch aufgenommen, dass die Südwest-Ecken im Melchenbühl zu Schattenwürfen führen könnten. Zudem hätte man gerade bei der Gebäudereihe an den Bahngleisen etwas mutiger sein und sie etwas höher machen können. Die Abstufung, die man im gesamten Masterplan vorsieht – höher im Norden bis etwas weniger hoch im Süden und Südwesten –, hätte man etwas akzentuierter machen und dafür die Raumnutzung entlang des Geleises etwas mehr optimieren können. Das sind zwei Anregungen von uns zur Gestaltung. Ansonsten sind wir alles in allem mit dem Masterplan einverstanden und begrüssen auch das weitere Vorgehen. Wir sind sehr gespannt darauf, wie es mit der ZPP weitergeht und danken noch einmal für die gute Arbeit. Weiter so!

Bernhard Häuselmann verzichtet für die GPK auf ein Schlusswort.

Thomas Hanke spricht für den (GR): Es ist kein Schlusswort, sondern ich habe vergessen zu erwähnen, dass heute Martin Leuenberger anwesend ist. Er ist seit 1. September Leiter Hochbau und Planung. Ich glaube, es ist seine Premiere im Parlament. Dank Matthias Haldi durfte er sich von der Planung verabschieden, beaufsichtigt sie aber noch ab und zu ein wenig.

Kein Rückkommen.

Vom Ergebnis der freiwilligen Mitwirkung «Zusammenfassung Bereinigungsthemen Entwurf-Masterplan 2022, Stand 14.11.2022» sowie vom überarbeiteten und vom Gemeinderat beschlossenen «Masterplan Westliches Zentrum Gümligen 2022» wird Kenntnis genommen.

5. ICT-Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern; Abrechnung Verpflichtungskredit 2017–2022

Matthias Gubler spricht für die GPK: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 15. Februar den Bericht und die Abrechnung zum Verpflichtungskredit 2017–2022 behandelt und findet sie sehr befriedigend. Das Geschäft wurde solide vorbereitet und von allen Betroffenen als zufriedenstellend erachtet. Es kann somit im Rat behandelt werden. Hinzu kommt, dass eine Kreditunterschreitung von CHF 351'210.20 zu würdigen ist. Die GPK dankt allen Beteiligten, der Lehrerschaft und Rolf Rickenbach sowie der Gemeinde für die grosse Arbeit.

Stephan Lack verzichtet für den GR auf das Wort.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Wortmeldungen. Auf ein Schlusswort verzichten Matthias Gubler für die GPK und Stephan Lack für den GR. Kein Rückkommen.

Beschluss (37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung):

Die Abrechnung des Rahmenkredits für das ICT-Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern 2017–2022 wird genehmigt.

Bei einem bewilligten Kredit von CHF 1'500'000 schliesst die Projektphase 2017–2022 mit Kosten von CHF 1'148'789.80 und damit einer Kreditunterschreitung von CHF 351'210.20 ab.

6. Motion Buff (FDP): Höhepunkt am Nationalfeiertag; Zwischenbericht und Abschreibung

Beat Wegmüller spricht für den GR: Ich habe paar kurze Ergänzungen zum Zwischenbericht. Nachdem die Motion am 22. Februar letzten Jahres überwiesen wurde, hat die Verwaltung weitere Abklärungen zum gewünschten Höhepunkt an der 1. August-Feier beim Schulhaus Seidenberg in Gümligen vorgenommen. Wie bereits erwähnt wurde, ist eine Drohne relativ teuer. Sie hätte das vorhandene Budget für den 1. August gesprengt. Deshalb hat man auch aus Zeitgründen, wie übrigens im 1. Punkt der Motion ausgeführt wird, ein traditionelles Feuerwerk in Betracht gezogen und es auch bestellt. Mit der entsprechenden Information der Bevölkerung in den Lokalnachrichten hat man im Juli über die 1. August-Feierlichkeiten informiert. Am 27. Juli 2022 erliessen die Regierungsstatthalterämter aufgrund der Trockenheit und der Gefahrenstufe gross ein generelles Verbot der Feuerwerke. Aus diesem Grund wurden im letzten Jahr das bestellte Feuerwerk und das 1. August-Feuer nicht wie geplant durchgeführt. Der Fackelumzug und der Lampionumzug fanden wie gewohnt statt.

Dieses Jahr möchten wir das bestellte Feuerwerk nachholen. Wir hoffen natürlich auf gute Wetterbedingungen. Die Motion hat gefordert, dass im Jahr 2022 anlässlich der 1. August-Feierlichkeiten wieder ein Höhepunkt stattfindet. Auch wenn das bestellte Feuerwerk als Höhepunkt wegen dem Feuerwerksverbot nicht gezündet werden konnte, wurde die Motion erfüllt und ist dementsprechend abzuschreiben. Ich bitte das Parlament, vom Zwischenbericht Kenntnis zu nehmen und die Motion abzuschreiben.

Ronald Buff spricht als Motionär: Ich stelle fest, dass meine Motion im GR nicht gerade beliebt ist. So wollte er die Motion bereits bei der Überweisung als Postulat überweisen und anschliessend abschreiben. Glücklicherweise hat der GGR anders entschieden, die Motion beibehalten und als solche überwiesen. Genau dieses Vorgehen wird nun beim Zwischenbericht wieder angewendet. Nur heisst es diesmal «Zwischenbericht zur Kenntnisnahme und anschliessend Abschreiben der Motion». Somit wäre die Sache für den Gemeinderat erledigt. Für mich und die Bevölkerung unserer Gemeinde jedoch nicht. Ich als Motionär muss jedoch auch Lehrgeld bezahlen, was ich hiermit mache. So habe ich die Motion zwar «Höhepunkt am Nationalfeiertag» genannt, im Motionstext jedoch auch die Jahreszahl 2022 genannt. Dementsprechend ist die Motion nur für den Höhepunkt am Nationalfeiertag 2022 verantwortlich und hat sich somit erledigt.

Dennoch möchte ich einige Punkte erwähnen. Der Gemeinderat stellt fest und anerkennt nach wie vor das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer traditionellen 1. August-Feier. Ich wiederhole aus meinem Motionstext bei der Überweisung der Motion: «Als Unternehmer stelle ich fest, dass ein Feuerwerk zirka CHF 1000 pro

Minute kostet und heute vielleicht nicht mehr zeitgemäss ist. Wobei, wer an die Ausführungen von Beat Wegmüller im Jahr 2018 denkt, stellt fest, dass Feuerwerke nach wie vor beliebt sind.» Mir ist ein kontrolliertes Feuerwerk eines Profis jedenfalls sympathischer als ein unkontrolliertes Feuerwerk von Möchtegernprofis inmitten unserer Quartiere.

Punkto Drohnenshow habe ich dem GR damals Folgendes vorgeschlagen: Abklärung der Gemeindefinanzen, Sponsoring oder allenfalls nicht in jedem Jahr eine Drohnenshow. Als Beispiel: alle fünf Jahre eine Drohnenshow und dazwischen etwas anderes, preisgünstigeres et cetera. Zu keinem dieser Vorschläge bezieht der GR Stellung. Es heisst einfach, es sei teuer. Bei der Lasershow-Variante heisst es: keine Lasershow mit 1. August-Ambiente gefunden. Was ist das für eine Aussage? Ist diese Ansicht nicht sehr individuell? Vielleicht würde hier auch etwas Mut hin zur Moderne benötigt, trotz aller Tradition. Grundsätzlich erkenne ich also in der Stellungnahme des GR nichts Neues und auch nicht wirklich den Willen, einen Höhepunkt am Nationalfeiertag zu organisieren. Für den nächsten Nationalfeiertag kann sich der GR darauf berufen, dass im Jahr 2022 durch die Trockenheit kein Feuerwerk stattfinden konnte. Deshalb soll es in diesem Jahr nachgeholt werden. Wir können gespannt sein, ob das wirklich der Fall sein wird. Wenn wir Pech haben, steht die Wetterlage dem GR auch in diesem Jahr zur Seite. Ob der GR gewillt ist, einen Höhepunkt zum Nationalfeiertag zu organisieren, werden wir somit erst am Nationalfeiertag 2024 sehen.

Der Motionär wird sich vorbehalten, einen weiteren Vorstoss zu diesem Thema einzureichen. Gemäss meinen Ausführungen muss ich Euch leider folgende Empfehlung abgeben: Kenntnisnahme des Zwischenberichts und anschliessende Abschreibung der Motion.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Simon Bähler (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort. Auch wenn sich diese auf das Jahr 2022 bezieht, hätten wir uns etwas mehr Aussicht auf kommende 1. August-Feiern gewünscht. Es ist richtig und gut, Traditionen und Brauchtum nicht zu vergessen. Jedoch ist es oftmals wichtig, diese hinter sich zu lassen. So sind wir zum Beispiel alle hoffentlich froh, dass das Frauenstimmrecht eingeführt und nicht mit dem Verweis auf Traditionen ein weiteres Mal abgelehnt wurde. Was zu einem Fest gehört, dazu haben wohl alle eine eigene Meinung. Deshalb wäre es doch schön, wenn jede Gemeinde ein anderes Angebot machen könnte. Hier sehe ich das moderne Muri-Gümligen in einer Vorreiterrolle. Weshalb dasselbe tun wie alle andern? Wer ein Feuerwerk möchte, kann es sich in fast jeder Gemeinde der Schweiz ansehen. Daher würde ich mir etwas mehr Kreativität wünschen. Zudem darf nicht vergessen werden, dass mit den immer heisser werdenden Sommern das Thema Feuerwerk im August sicher nicht einfacher wird. Wir sehen das im Jahr 2020 durchgeführte Angebot mit Festwirtschaft, Lampionumzug und einem Feuer als durchaus genügend an, sofern die Gratisbratwurst endlich zeitgemäss mit einem vegetarischen und veganen Angebot ergänzt wird. Wir danken dem GR, dass die Frage auch für das Jahr 2023 aktiv an die Hand genommen wird und laufend Alternativen geprüft werden.

Keine weiteren Wortmeldungen. Auf ein Schlusswort verzichten Beat Wegmüller für den GR und Ronald Buff als Motionär. Kein Rückkommen.

Vom Zwischenbericht wird Kenntnis genommen.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung):

Die Motion Buff (FDP) «Höhepunkt am Nationalfeiertag» wird abgeschrieben.

7. Postulat Zaccaria (SP): Muri b. Bern soll zukünftig Muri-Gümligen heissen; Zwischenbericht

Thomas Hanke verzichtet für den GR auf das Wort.

Angelo Zaccaria (SP) spricht als Postulant: Ich habe fast ein wenig ein schlechtes Gewissen, weil ich heute so viel spreche. Deshalb versuche ich, mich kurz zu fassen. Ich möchte den verantwortlichen Stellen für den vorliegenden Zwischenbericht herzlich danken. Ich finde, alle notwendigen Abklärungen wurden in einem angemessenen Tempo vorgenommen. Die Ergebnisse und Erkenntnisse wurden klar und sauber in einer ausgewogenen Sprache festgehalten, die diesem emotionalen Thema auch angemessen Rechnung trägt.

Für mich heisst es, Freude herrscht! Der Zwischenstand stimmt mich positiv. Es sieht so aus, als hätten die zuständigen Bundesstellen keine Einwände gegen diese Namensänderung und hielte sich auch das Administrative einigermaßen in Grenzen, sollten wir diesen visionären Schritt wagen und die Namensänderung der Gemeinde angehen. Ich finde, auf die zwar innovative und interessante Verwendung eines Doppelwappens könne man getrost verzichten. Das sehe ich auch so. Insofern wäre der Weg eigentlich frei, diese Namensänderung der Bevölkerung zu überlassen oder sie quasi an die Urne zu tragen. Eine Befragung im Voraus, mit einer Art Stichprobe, wie auch immer diese zustande kommen soll, kann man machen. Das lasse ich offen. Aber mir scheint der Sachverhalt so weit klar, dass mündige Bürger frei und unmittelbar darüber abstimmen können.

Umso wichtiger wäre mir, um doch noch etwas zu unken, wenn wir eine genaue Kostenschätzung oder Angaben zu den Kosten erhalten könnten, und zwar etwas genauer als im vorliegenden Fall präsent ist. Es wäre wirklich wichtig, dass man die finanziellen Auswirkungen der Namensänderung sorgfältig prüfen, auflisten und aufzeigen könnte, damit keine Ängste geschürt werden, keine Gerüchte aufkommen und man weiss, woran man ist, wenn man darüber diskutiert. Ich freue mich auf das Projekt. Ich möchte nicht Helmut Schmidt, aber Willy Brandt zitieren: «Wir wollen in Muri mehr Gümligen wagen».

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Martin Koelbing (forum): Das forum dankt dem GR für den sorgfältigen Zwischenbericht, möchte ihm aber drei Anregungen für die weitere Arbeit mitgeben. Erstens erachten wir es als dienlich, wenn der GR eine einfache Auflistung von Vor- und Nachteilen erstellen könnte. Dies für die Beschlussfassung im GGR, aber auch für eine allfällige Volksabstimmung. Drei Beispiele dafür, weshalb das nicht nutzlos wäre: Erstens hört man vor allem im Sternen Muri, ein so langer Name sei fürchterlich. Muri bei Bern sei viel kürzer als Muri-Gümligen. Aber wenn man die Zeichen und Zwischenräume zählt, kommt man erstaunlicherweise darauf, dass beides gleich lang ist. Das ist ein Detail. Aber es zeigt, wie man manchmal von den Emotionen in eine Richtung gedrängt wird, von der man auch einen Schritt zurücktreten kann. Das zweite Beispiel: Der Name schafft eine Identität. Aber die grosse Frage ist, ob eine solche Namensänderung dem Zusammenwachsen und der Identität von Muri-Gümligen guttäte oder belanglos wäre. Wenn der Gemeinderat dazu etwas herausfinden und sagen könnte, wäre das wunderbar. Man muss es nicht gleich wie die mittelalterlichen Philosophen machen, die das ganze Leben mit der Frage nach der Bedeutung der Namen verbracht haben.

Das dritte Beispiel hört man vor allem in Muriger Wirtschaftskreisen. Sie sagen nämlich, es wäre schrecklich, wenn man als Absender plötzlich Muri-Gümligen nennen müsste. Denn wenn der Absender einer Firma wie «Chalet Muri» Muri bei Bern sei, wisse man sogar in Wisconsin, wo das sei. Wenn «Chalet Muri» aber «Chalet Muri-Gümligen» heisse, sei das «in the middle of nowhere». Aber der GR hat uns das schon gesagt, und auch das ist ein weiteres Argument: Keine einzige Adresse muss in den nächsten 100 Jahren geändert werden. Denn die Postkreise bleiben gleich. Die Adresse des «Chalet Muri» wird auch noch in 100 Jahren Muri bei Bern lauten. Es geht rein um die formelle öffentlich-rechtliche Gemeindebezeichnung. Soviel zur Liste von Vor- und Nachteilen.

Zweitens haben wir ebenfalls das Anliegen, die Kosten etwas genauer zu fassen. Denn wenn etwas mehr als CHF 100'000 kostet, sagt die Mehrheit von uns wahrscheinlich, es sei herausgeworfenes Geld. Wenn wir aber hören, dass die neue Namensnennung der Gemeinde Urtenen-Schönbühl, die exakt parallel ist, CHF 20'000 gekostet hat, ist es ein anderer Preis, was durchaus eine Rolle spielt. Die letzte Bemerkung betrifft die Absicht, eine Bürgerinnen- und Bürgerbefragung zu machen. Das finden wir aus drei Gründen keine gute Idee. Erstens ist es herausgeworfenes Geld. Zweitens ist es demokratiepolitisch schlecht, wenn man meint, man könne gültige Abstimmungen mit Meinungsumfragen vorwegnehmen. Drittens, und das ist das wichtigste, glauben wir daran, dass Diskussionen und rationale Prüfungen – eine Errungenschaft der Aufklärung – wirklich zu einem anderen Abstimmungsverhalten führen. Wenn man eine solche Befragung aussagekräftig machen möchte, müsste man die ganzen Informationen schon vorher haben und die ganze Diskussion schon führen. Denn wir sind der Meinung, dass unsere Bürgerinnen und Bürger bei dieser Namensänderung durchaus in der Lage sind, Argumente dafür und dagegen zu gewichten. Es ist nicht wie in einem Restaurant, in dem man wählt, ob man lieber den Zwetschgenkuchen oder das Salamibrot will.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Thomas Hanke hält für den GR ein Schlusswort: Ich hoffe, dass Ihr herausgespürt habt, dass es eine Frist gibt, wonach wir ein Jahr nach der Einreichung des Vorstosses einen Zwischenbericht geben müssen. Wir sind noch nicht ganz so weit, namentlich bei den Kosten. Ich weiss, wie es in Urtenen-Schönbühl ging. Herr Albrecht hat wegen Urtenen-Schönbühl kurz nachgefragt. Das war im Jahr 2003. Der neue Gemeindeschreiber meinte dann, es koste etwa CHF 20'000, vielleicht weniger. Ich habe ihn gefragt, was denn alles enthalten sei, und er meinte, das wisse er nicht. Wir haben versucht es hochzurechnen. Man kann jede Firma fragen,

die man will. Wenn man die Corporate Identity (CI) anpasst, kostet es zwischen CHF 40'000 und CHF 60'000. Wir sind uns auch bei der Bezeichnung nicht einig. Ich wuchs auf, als man noch von Mannstunden sprach, heute spricht man von Menschenstunden. Oder sind es vielleicht Es-Stunden? Wir wissen nicht, wie viele Es-Stunden zu welchem Preis wir einsetzen wollen. Aber der GR will Euch das noch dieses Jahr vorlegen. Letztlich ist es am Parlament, mit der Antwort des GR zu machen, was es will. Kürzlich erlebte ich eine lustige Anekdote. Eine Gemeindegängerin sagte mir, dass wir, wenn wir schon so breit denken, beim Doppelnamen auch das Alphabet befolgen können. Dann würde die Gemeinde Gümligen-Muri heissen. Spass beiseite. Wir arbeiten daran, und der GR will die abschliessende Beurteilung noch in diesem Jahr vorlegen. Wir nehmen Eure Voten auf. Ich werde das Thema im Ruhestand gespannt weiterverfolgen.

Angelo Zaccaria verzichtet als Motionär auf ein Schlusswort.

Kein Rückkommen.

Vom Zwischenbericht zum Postulat Zaccaria (SP) «Muri b. Bern soll zukünftig Muri-Gümligen heissen» wird Kenntnis genommen.

8. Motion Gashi (Grüne), Bircher (FDP), Zaccaria (SP): Diversity-Strategie für die Gemeinde Muri-Gümligen

Thomas Hanke spricht für den GR: Ich hoffe, Ihr habt aus unserer Antwort herausgehört, dass der Gemeinderat ein grosses Verständnis für das Anliegen hat. Das haben wir schon in der Antwort auf eine Interpellation im September signalisiert. Wir möchten dem Anliegen im Alltag im Rahmen unserer Möglichkeiten nachleben. Dazu brauchen wir, und hier kommt das Aber des GR, auch mit Blick auf unseren Personalbestand und auf den Fachkräftemangel, kein Strategiepapier. Wir möchten dem eher nachleben. Letztlich müssen wir auch einmal einen Blick auf unsere internen Ressourcen werfen, die wir im Moment für andere Anliegen dringender brauchen als für die Erarbeitung der Strategie. Aus der Strategie heraus muss man später doch den Alltag leben. Das können wir auch ohne Strategiepapier. Deshalb unser Antrag auf Nichtüberweisung. Besten Dank für Euer Verständnis.

Hilmi Gashi (Grüne) spricht für die Motionäre: Ich spreche gleichzeitig als Erstunterzeichner und gebe die Fraktionserklärung der Grünen ab. Ich hoffe auf Euer Verständnis, wenn es etwas länger als eine Minute dauert. Danke, Thomas, für die Antwort auf unseren Vorstoss. Du hast es eigentlich gesagt. Für den GR und die Personen, die in der Verwaltung arbeiten, hat das Mitdenken der Vielfalt in der Verwaltung doch eine Wichtigkeit. Du hast gesagt, dass Ihr schon auf die damalige Interpellation Schmid, Zaccaria und Bircher von Juni ausführlich geantwortet habt. Wenn wir die Geschichte etwas zurückdrehen: Als ich die Antworten damals las, habe ich mich gefragt, warum man kein Konzept will, wenn man schon so gute Dinge tut. Warum gibt es kein Papier, warum kommuniziert man keine Strategie, die im Zeichen der Zeit steht und wichtig ist. Alle Personen in der Gemeinde sollen erfahren, dass unsere Gemeinde eine Strategie hat, die den ganzen Diversitätsgedanken in sich trägt und sich unsere Gemeinde fortschrittlich, attraktiv und inklusiv präsentiert.

Ich denke da an die Stadt Bern. Auf ihrer Webseite steht unter Personal: «Gleichstellung, Diversität und Inklusion sind uns wichtig. Die Stadt Bern lebt von der Vielfalt ihrer Mitarbeitenden.» Ich habe heute beim Recherchieren gesehen, dass sogar die Armee eine Diversitätsstrategie hat. In der Diversity-Strategie der

Fachstelle Frauen in der Armee steht unter dem Titel Vision der Vielfalt: «Die Schweizer Armee ist eine inklusive Organisation. Die Einzigartigkeit der Person trifft auf die Wertschätzung aller.» Die Armee hat sogar eine Fachstelle zum Thema Diversität gegründet. Das verlangen wir nicht. Wir verlangen nicht die Gründung einer Fachstelle. Sondern wir verlangen ganz klar ein strukturiertes, geordnetes Konzept zur Diversität.

Aus diesen Überlegungen müsste man, wie du selbst zum Bewerbungsmarkt gesagt hast, das Potenzial, das die Gemeinde hat, ausschöpfen. Wir haben in der Gemeinde zum Beispiel gute Schulen. Wir können das Potenzial der Personen, die wir in unseren Schulen ausbilden, zur Nachwuchsrekrutierung nutzen, sei es bei den Lernenden oder später bei den Fachpersonen. Es war an unserem Küchentisch, als mein Sohn eine KV-Lehre gesucht hat, nie ein Thema, dass man eine KV-Lehre bei der Gemeinde sucht. Ich weiss heute nicht, weshalb. Aber es war kein Thema.

In seiner Antwort hat der GR gesagt, dass, wie in vielen Branchen, auch in der öffentlichen Verwaltung Personalmangel herrscht. Wir sagen, dass man sich erst recht mit einer Strategie als Gemeinde positionieren muss. Wir befinden uns in einem gesellschaftlichen Wandel und müssen uns bestmöglich positionieren. Denn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich heute bewerben, suchen nicht nur einen Job und eine Einkommensquelle, sondern auch einen Arbeitgeber, der mehr bietet als bloss gute Arbeitsbedingungen im Sinne von Geld und Karrieremöglichkeiten.

Unsere Ressourcen sind, wie schon gesagt, knapp. Es ist klar, dass ein Diversitätskonzept nicht gratis ist und Ressourcen brauchen wird. Aber wenn ich schon nur sehe, welche Vielfalt in unserem Parlament herrscht und welches Fachwissen es gibt, frage ich mich, ob es nicht möglich ist, dass wir uns mit diesen Ressourcen an ein Konzept wagen und dafür sorgen, dass auch die Gemeindeverwaltung die Vielfalt abbildet, die in diesem Parlament durchaus vorhanden ist. Ich weiss, es bindet Ressourcen. Aber die Arbeit an einem Diversitätskonzept setzt einen Kreativitätsprozess in Gang und öffnet neue Perspektiven und Chancen. Ich erinnere mich daran, dass ich damals als Präsident der Integrationskommission der Stadt Bern an ihrem Diversitätskonzept mitgewirkt habe. Ich hatte grosse Freude, an diesem Konzept mitzuarbeiten, und wäre auch bereit, an diesem Konzept mitzuarbeiten, wenn wir uns dazu entschliessen, doch noch das, was schon vorhanden ist, in einer strukturierten Form in ein Papier oder eine Strategie zu giessen.

Warum braucht es ein Konzept? In der Antwort des GR wird klar, dass im jährlichen Verwaltungsbericht Angaben zur Diversität in der Verwaltung und zur Stellenbesetzung enthalten sein sollen. Wir fragen uns aber, welche Indikatoren wir für diesen Bericht brauchen. Alter, Geschlecht? Gibt es noch weitere, etwa sexuelle Orientierung? Gibt es eine Migrationsgeschichte und so weiter? Im Diversitätskonzept wären diese Indikatoren eben klarer festzulegen. Es ist für die Verwaltung und die Personalverantwortlichen natürlich viel einfacher, das vorhandene Diversitätsdenken in klareren Strukturen und einem Kontext zu implementieren. Ich komme zum Schluss. Ja, es kostet etwas. Aber es sind überschaubare Kosten. Das können wir aus eigenen Ressourcen stemmen. Nein, es wird die Arbeit des Personalamts nicht infrage und auf den Kopf stellen, sondern höchstens erleichtern und bereichern. Ein zusätzlicher Nebeneffekt ist, dass eine sichtbare Diversity-Strategie unsere Gemeinde als attraktiver Arbeitgeber und einen Ort, den man mitgestalten kann positioniert. Das erachten heute viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als sinnstiftend. Das ist in der heutigen Zeit sehr wichtig. Im Namen der Fraktion Grüne, aber auch im Namen der Motionärinnen und Motionäre, bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen, damit auch Muri-Gümligen eine Gemeinde ist, welche die Vielfalt besser abbildet und das neue Instrument nutzt, um dieses neue Selbstverständnis stolz nach aussen zu tragen. Ich danke für Eure Geduld und die Unterstützung der Überweisung der Motion.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und schliesslich weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Angelo Zaccaria (SP): Ich spreche heute zum letzten Mal und kann mich kurzhalten. Hilmi hat viel von dem eindrücklich aufgezeigt, was unsere Idee hinter diesem Konzept ist. Wir leben in einer globalisierten Gesellschaft, in der Menschen aus verschiedenen Ländern, Kulturen, Religionen und sozialen Hintergründen leben und die von ihnen geprägt wird. Diese Vielfalt bringt zahlreiche Vorteile mit sich: unterschiedliche Perspektiven, Denkweisen und Fähigkeiten. Mit diesen können wir kreative Lösungen finden. Wenn man sie bündeln und kondensieren kann, kann man sehr viel bewegen, auch in der Arbeitswelt. Deshalb ist es kein Zufall, dass alle grossen Unternehmen Diversity-Konzepte haben. Beispielsweise war kürzlich das Konzept von Coca Cola in der Presse. Das ist gang und gäbe, und das schon seit mehreren Jahren. Ich durfte im Zug meiner Tätigkeit im Ausschuss für Kinder- und Jugendfragen an einer Weiterbildung teilnehmen, in der es um die Generation Z ging. Ich gehöre auch nicht mehr dazu und musste lernen, was sie eigentlich genau ausmacht und wer sie ist. Für die Generation Z ist Diversity sehr wichtig. Sie hat das bereits erkannt, ist progressiv, hat Visionen, schaut voraus und legt grossen Wert auf Inklusion. Das verinnerlicht sie und will in einer Umgebung arbeiten, in der diese Werte geteilt werden. Sie will sich in einer toleranten Unternehmenskultur entfalten. Die Gemeinde hat nun die Möglichkeit, diese Werte zu leben und sich als attraktive Arbeitgeberin für die Generation Z zu positionieren, sie in die Gemeinde zu holen und ihr hier berufliche Perspektiven zu bieten. Ich möchte Euch ermutigen, unserem Diversitätskonzept zu folgen. Denkt an die Jungen und an die Visionen, die sie haben.

Nach Helmut Schmidt und Willy Brandt möchte ich mit der nächsten exekutiven Sternstunde enden, mit Aussenminister Cassis: «Ich will daran erinnern, dass Vielfalt ein Vorteil und kein Hindernis ist. Gelebte Vielfalt ist eine Herausforderung und erfordert von allen die Bereitschaft, sich manchmal zurückzunehmen und einen Schritt auf sein Gegenüber zuzugehen.» Es würde uns sehr freuen, wenn die Gegenseite einen Schritt auf uns zugehen und diesem Konzept zustimmen würde.

Keine weiteren Wortmeldungen. Auf ein Schlusswort verzichten Thomas Hanke für den GR und Hilmi Gashi für die Motionäre. Kein Rückkommen.

Beschluss (18 Ja / 17 Nein / 2 Enthaltungen)

Das Motion Gashi (Grüne), Bircher (FDP), Zaccaria (SP) «Diversity-Strategie für die Gemeinde Muri-Gümligen» wird überwiesen.

9. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

A) Einfache Anfrage SP-Fraktion betreffend der aktuellen Situation von geflüchteten Menschen in der Gemeinde

Martin Häusermann spricht für den GR: Ich danke der SP für das Interesse, das sie mit diesen Fragen zeigt. Ich versuche, sie möglichst kurz zu beantworten. Zu den Fragen:

- Wie hoch ist die Anzahl der geflüchteten Menschen per Datum in Muri-Gümligen?
Wir haben geflüchtete Menschen als solche interpretiert, die Asylsozialhilfe beziehen, also eher kurz hier sind und nicht schon vor fünf Jahren in die Schweiz flohen. Wir haben im Tannental bekanntlich 60 Plätze. Aktuell sind 40 Plätze belegt, es kommen aber täglich oder wöchentlich neue Personen hinzu, oder es gehen welche weg. Für diese Woche sind 15 Personen für das Tannental angekündigt. Insgesamt hat es in der Asylsozialhilfe zirka 100 Personen. Das schwankt täglich. Die restlichen Personen sind primär ukrainische Schutzsuchende, die ursprünglich im Tannental waren und in der Zwischenzeit in gemieteten Wohnungen sind. Oder sie kamen in die Schweiz und wurden in Gastfamilien einquartiert. Zurzeit haben wir in unserer Gemeinde knapp 60 Schutzsuchende aus der Ukraine. Kurz etwas zur Belegung im Tannental. Wir haben weiterhin 15 ukrainische Schutzsuchende mit Status S. Sie bleiben vorläufig dort, weil es vulnerable Personen sind, die entweder krank oder körperlich beeinträchtigt sind. Die restlichen Personen im Tannental kommen aus der Türkei, aus Afghanistan und aus Kolumbien.
- Wo sind sie untergebracht?
Wie gesagt, sind sie in privaten Wohnungen, in Mietwohnungen, in Gastfamilien oder im Tannental untergebracht.
- Sind Massnahmen zur vorübergehenden Unterbringung geplant?
Wir haben die Frage so verstanden, dass nach einem weiteren Bedarf gefragt wird. Seitens des Kantons ist kein weiterer Bedarf gemeldet. Das Angebot, das die Gemeinde bereitstellt, ist das Tannental. Innerhalb der Gemeinde sind keine weiteren Massnahmen vorgesehen.
- Wie sieht die Betreuung von asylsuchenden Menschen konkret aus?
Ich erinnere daran, dass das Tannental durch die Heilsarmee betrieben wird. Sie hat einen Auftrag der Stadt Bern, die in unserer Region verantwortlich ist. Ihr Leistungsangebot ist eine 24-Stunden-Betreuung. Darin enthalten ist das Bieten von Tagesstrukturen. Dabei geht es insbesondere ums Kochen und Reinigen, um weitere Unterhaltsarbeiten und gegenseitige Unterstützung. Weiter geht es um das Thema Wohnbegleitung, also insbesondere das Gestalten des Wohnalltags und das Fördern der Wohnkompetenzen, sodass sie später einmal eigenständig wohnen können. Weiter gibt es eine Anlaufstelle für alltägliche Fragen. Dabei geht es darum, Kontakte zu vermitteln. Die medizinische Versorgung ist ein Thema, aber auch die Information über ihre allgemeinen Rechte und Pflichten oder die Vermittlung anderer Leistungsangebote. Beispielsweise Bildungs- und Sprachangebote, welche durch Professionelle erbracht werden. Hinzu kommt natürlich auch die Auszahlung der Asylsozialhilfe, die Beratung durch Fachpersonal, den Zugang zu spezifischen Beratungs- und Integrationsangeboten, je nach angezeigtem Bedarf. Für alle Personen, die ich jetzt aufgezählt habe und die nicht im Tannental leben, ist der Asylsozialdienst der Stadt Bern zuständig. Sie haben in der Gemeinde selbst keine Anlaufstelle.
- Welche Integrationsmassnahmen sind geplant und implementiert?
Das habe ich schon in der vorhergehenden Antwort recht ausführlich dargelegt. Selbstverständlich findet bei den Personen, die in Gastfamilien untergebracht sind, die Integration auch in den Gastfamilien statt. Kurz etwas zum Arbeiten in der Schweiz: Personen mit Schutzstatus S haben die Möglichkeit, in der Schweiz zu

arbeiten. Personen mit Status F jedoch eigentlich nicht oder höchstens in Ausnahmefällen. Ich möchte kurz auf die Integration von Schülerinnen und Schüler zu sprechen kommen. Bei diesen erfolgt die Integration selbstverständlich auch in der Schule. Wir führen aktuell Tagesklassen «Deutsch als Zweitsprache». Wir haben zudem Schülerinnen und Schülern, die in Regelklassen integriert sind. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass insbesondere die Schule sehr stark durch Kinder gefordert ist, die in die Schweiz kommen und kaum, wenig oder nicht gut Deutsch sprechen. Es ist eine grosse Herausforderung für die Schule, die bewältigt werden muss. An dieser Stelle danke ich der Lehrerschaft im Publikum. Ich weiss nicht, ob Ihr auch direktbetroffen seid.

- Wo gibt es nebst den Angeboten der Kirchgemeinde und dem MüZe Treffpunkte für Asylsuchend?, Insbesondere für Mütter mit kleinen und schulpflichtigen Kindern, wo sie sich austauschen können? Wie werden sie betreut? Einerseits gibt es die Vernetzungsmöglichkeit innerhalb der Kollektivunterkunft Tannental. Weiter bietet das HEKS wöchentlich Deutschkurse in der Bibliothek unserer Gemeinde an. Spielplätze bieten Vernetzungsmöglichkeiten. Es gibt die Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen, welche wöchentlich im Tannental vor Ort präsent ist und dort Angebote organisiert. Alle Vorschulangebote wie Kitas und Spielgruppen werden in der Regel bei Bedarf vom Asyl- und Sozialdienst finanziert. Sie besuchen also zum Teil auch Kitas oder Spielgruppen. Der Zweck ist nicht zuletzt auch die soziale Integration, insbesondere bei kleinen Kindern.
- Welches Zukunftsszenario ist bekannt?
Grundsätzlich gibt es im Asylwesen eine rollende Planung. Man weiss relativ kurzfristig, wie viele Personen in die Gemeinde kommen, welchen Hintergrund sie haben oder wie viele Kinder dabei sind. Das erfordert auch von der Schule eine hohe Flexibilität. Die Kinder kommen an und werden eine Woche später eingeschult. Das geht recht fix. Unter der Leitung der Gemeinde wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der alle sozialen Anbieter vertreten sind, beispielsweise die reformierte Kirchgemeinde, der Verein Nachbarschaft, die Freiwilligenarbeit, der Betreiber der Kollektivunterkunft Tannental oder unsere Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen. Sie treffen sich regelmässig respektive bei Bedarf und loten aus, ob es weitere Massnahmen braucht. Sollte sich etwas verändern, würde diese Arbeitsgruppe prüfen, was es braucht.
Ich hoffe, ich konnte Euren Fragen gerecht werden und danke für das Interesse.

Die Vorsitzende: Damit kommen wir zum ordentlichen Traktandum 9.

Gabriele Siegenthaler spricht für den GR: Ich habe zwei Vorabinformationen zum Ressort Umwelt und Energie. Die erste betrifft den Fussweg zwischen dem Seidenberggässli und dem Aebnitwäldli. Vor ungefähr zwei Jahren hat sich mein Ressort dafür eingesetzt, dass der Weg wieder für Fussgänger geöffnet wird. Er war zuvor geschlossen. Dies unter der Auflage, dass sich die Fussgänger an gewisse Regeln halten. Leider hat sich herausgestellt, dass das längerfristig nicht funktioniert. Der Pächter hat deshalb beschlossen, dass er das Gatter beim Seidenberggässli wieder schliesst. Es ist Privatland, deshalb liegt das in seiner Verantwortung. Die Gemeinde wird prüfen, wie wir das begleiten und nachbereiten können. Aber so viel als Vorabinformation für Euch. Das wird nächste Woche ebenfalls in den Lokalnachrichten publiziert.
Zweitens wird die Gemeinde bei einem Pilot für eine separate Kunststoffsammlung mitmachen. Das starten wir im Mai. Die entsprechende Medienmitteilung wird gegen Ende März publiziert. Darauf folgt die Information der Bevölkerung, damit alle wissen, wie es funktioniert, was man sammeln darf und was nicht. Wir haben es angedacht als Holsammlung einmal pro Monat. Wir werden sehen, welche Mengen wir in diesen drei Jahren hinbekommen. Das Fernziel ist natürlich möglichst wenig Plastik, aber das Zwischenziel ist, möglichst viel Plastik zu sammeln.

Martin Häusermann spricht für den GR: Ich informiere über das Thema Privatisierung der Kitas unserer Gemeinde. Das Parlament hat am 25. Oktober letzten Jahres entschieden, die gemeindeeigene Kita zu privatisieren. Man hat damals in Aussicht gestellt, Euch über das Ergebnis zu informieren. Das tue ich heute. Unmittelbar nach dem Entscheid des Parlaments wurde das Ausschreibungsverfahren zur Privatisierung in die Wege geleitet. Wir haben kommunal, regional und national tätige Kitanbieterinnen eingeladen, ein Angebot einzureichen. Nach Eingang der Offerten im Dezember 2022 wurden die Angebote vertieft geprüft. Basierend auf unseren Zuschlagkriterien wurde eine Rangfolge bewertet. Der GR hat am 20. Februar, also gestern, entschieden, den Zuschlag für die Übernahme der gemeindeeigenen Kita dem Verein Kindertagesstätten Murifeld zu erteilen. Der Zeitpunkt der Übernahme ist der 1. Januar 2024. Die Kitas Murifeld sind als gemeinnütziger und nicht-gewinnorientierter Verein organisiert. Sie sind regional sehr gut verankert. Im Mittelpunkt ihres Handelns steht das Wohl der betreuten Kinder. Das Angebot an Kitaplätzen der Kitas Murifeld wuchs in den letzten Jahren. Der Verein betreibt an vier Standorten in der Stadt Bern, im Osten der Stadt Bern und in der Länggasse Kitas und mit dem sogenannten Lernort auf dem Bauernhof in der Eifenau ein schulergänzendes Angebot. Im Moment beschäftigen die Kitas Murifeld rund 120 Mitarbeitende. Das Mutterhaus wird bald 100-jährig.

Die Gemeinde Muri freut sich, eine regionale und erfahrene Kitabetreiberin gefunden zu haben, und ist überzeugt, dass die Kitas Murifeld eine geeignete Anbieterin sind, um die beiden Kitastandorte in Muri und Gümligen in gewohnter Qualität weiterbetreiben zu können. Der Vorstand und die Geschäftsleitung der Kitas Murifeld sind überzeugt, dass mit der Übernahme der Kita Muri eine gegenseitige Bereicherung und eine positive Weiterentwicklung stattfinden kann. Wir haben beim Personal ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Die Information, dass die Kitas Murifeld den Zuschlag erhalten haben, wurde gut aufgenommen. Heute ist der Informationstag. Die Eltern werden heute ebenfalls informiert, und für die Mitarbeitenden findet parallel zu dieser Sitzung des Parlaments ebenfalls ein Informationsanlass statt. Dies bereits mit dem neuen Anbieter. Die nächsten Schritte sind folgende: Wir werden einen Übernahmevertrag abschliessen. Für die Schlussverhandlungen brauchen wir noch ein paar Wochen. Wir sind daran, die Übernahme zu planen und sie danach umzusetzen. Voraussichtlich werden wir dem GGR gegen Ende 3. Quartal die Anpassung des Kitareglements vorlegen und Euch die nötigen Änderungen beantragen.

Thomas Hanke spricht für den GR: Wir haben aufgrund der Ereignisse der letzten 14 Tage in der Türkei und in Syrien eine Spende von CHF 5000 an die Glückskette gesprochen und ausgerichtet.

10. Neue parlamentarische Vorstösse

Interpellation Koelbing (forum): Neue Form der Bestattung

Kann der Gemeinderat prüfen, ob die Reerdigung als neue Form der Bestattung in unserer Gemeinde angeboten werden kann und welche rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen es dafür braucht?

Alle menschlichen Gemeinschaften nehmen von ihren Verstorbenen Abschied. Seit alters sind zwei Formen der Bestattung gebräuchlich, die Feuer- und die Erdbestattung. In den letzten Jahren hat sich eine dritte Form der Bestattung herausgebildet: die Reerdigung, bei der aus dem Körper des oder der Verstorbenen fruchtbare Erde wird.

Die Methode:

Der Körper des Verstorbenen wird auf ein Bett aus pflanzlichen Materialien wie Blumen, Grünschnitt und Stroh gebettet. Das Ruhebett befindet sich in einem 2 Meter 50 langen sargähnlichen Kokon. In den nächsten 40 Tagen transformieren natürliche Mikroorganismen den Körper in fruchtbare Muttererde. Ohne Würmer und ohne Chemie lassen Mikroben Humus entstehen, aus dem neues Leben wird.

Der Sinn:

Mit diesem natürlichen Verwandlungsprozess wird der Kreislauf der Natur am besten respektiert. Dies ist bei den traditionellen Erdbestattungen über einen viel längeren Zeitraum hinweg zwar auch der Fall. Doch haben viele Verstorbene keine Angehörige mehr, die ein Grab über 20 Jahre hinweg betreuen wollen oder können. Die heute gebräuchliche Kremation ist ein industrieller Prozess, der unsere Materie in Rauch aufsteigen und zu Asche werden lässt. Die Umwandlung der menschlichen Überreste in lebendigen Boden unterstützt demgegenüber das Aufblühen zukünftigen Lebens. Dadurch, dass kein CO₂ durch Verbrennung von Erdgas, Sarg und Körper entsteht und stattdessen viel Kohlenstoff im Humus gebunden wird, wird pro Reerdigung eine Tonne CO₂ eingespart.

Die Frage:

Die unterzeichnenden GGR-Mitglieder bitten den Gemeinderat zu prüfen, ob die Reerdigung als Bestattungsmöglichkeit in unserer Gemeinde angeboten werden kann und welche rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen es dafür braucht.

Muri-Gümligen, 21. Februar 2023

Martin Koelbing (forum)

Ch. Spycher, S. Eugster, B. Legler, H. Meichtry, S. Bähler, K. Stein, A. Zaccaria, V. Legler, L. Arnold, B. Häuselmann, Ch. Lucas, W. Thut, H. Beck, P. Messerli, B. Gantner, G. Grossen, S. Fankhauser, K. Schnyder, L. Bircher, K. Künti (21)

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Ich habe eine Mitteilung, die sich das vorherige Votum von Thomas anschliesst. Die SP-Fraktion hat ebenfalls über die Erschütterungen in der Türkei und in Syrien gesprochen. Wir möchten, so, wie das bereits letztes Jahr in Bezug auf den Krieg in der Ukraine der Fall war, auch heute beim Apéro eine Sammlung des GGR starten. Ich habe ein Kässeli dabei, auf dem es auch einen QR-Code gibt. Die Spende des GGR geht an das HEKS, das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz, das vor allem in Syrien tätig ist. Syrien ist für Hilfe etwas weniger zugänglich als die Türkei. Das HEKS pflegt dort seit vielen Jahren Partnerschaften, was die Wege zur Hilfe etwas kürzer macht. Dies als Anregung. Jeder und jede kann bar oder mit QR-Code einbezahlen, so, wie er oder sie will. Vielen Dank. Die nächste Sitzung findet am 21. März 2023 statt. Es ist die Jubiläumssitzung zu 50 Jahre Parlament Muri-Gümligen. Es ist auch die letzte Sitzung von Thomas Hanke als Präsident.

Danke, dass Ihr Eure Voten der Gemeindeschreiberin oder der Protokollführerin zustellt.

Das Apéro im Anschluss an diese Sitzung, zu dem Ihr alle herzlich eingeladen seid, wird von der SP bereitgestellt. Die Liste für die Apéros ist verschwunden. Wir werden eine neue erstellen und die Fraktionen über den Turnus informieren. An der Jubiläumssitzung ist keine Fraktion für das Apéro zuständig. Es wird ein Jubiläumspéro geben. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Karin Künti

Corinne Schweizer